

# ***Deutschland und Polen – gemeinsam in Europa***

## **Rede**

**von Bundesminister**

**Dr. Wolfgang Schäuble**

**beim Deutsch-Polnischen Dialoggespräch**

**der Konrad-Adenauer-Stiftung**

**und des Instituts für Strategische Studien**

**am 3. November 2006 in Krakau**

Ich will zunächst einmal sagen, dass nach meinem Eindruck die deutsch-polnischen Beziehungen besser sind, als es gelegentlich in den Medien berichtet wird. Wenn sie dabei wären, wenn mein polnischer Kollege Dorn und ich zusammen über Probleme der Innenpolitik innerhalb der Europäischen Union, aber auch über die Beziehung unserer beiden Länder reden, dann würden sie bestätigt finden, dass wir eine gute Zusammenarbeit haben.

Gelegentlich erinnere ich daran, wie vor der Fußball-Weltmeisterschaft jedenfalls in Deutschland die Medien alles Mögliche über dramatische Gefahren durch Hooligans und gewaltbereite Fans geschrieben haben. Und dabei hatten wir eine so vorzügliche Zusammenarbeit der Polizeien von Polen und Deutschland, dass wir bei Millionen von Zuschauern in einer sehr entspannten, friedlichen und fröhlichen Weise alle Sicherheitsprobleme wunderbar bewältigt haben. Das ist ein Symbol für die Qualität unserer Zusammenarbeit.

Natürlich gibt es auch Probleme. Ich will die gar nicht verharmlosen, wir können auch darüber diskutieren. Aber ich will dann doch auch zitieren, dass nach der Umfrage eines Meinungsforschungsinstituts 71 Prozent der Polen die Deutschen für gute Nachbarn halten. Das freut uns Deutsche sehr, denn dieses Prädikat haben wir uns nicht immer verdient. Ich kann ihnen versichern, dass die Wertschätzung der Deutschen gegenüber den Polen diesen hohen Prozentzahlen nicht nachsteht.

Und das hat viele Gründe – nicht zuletzt, dass die Deutschen nicht vergessen, wie es zu der wundersamen Geschichte mit der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, mit der Überwindung des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation gekommen ist, die der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern als die zweite Chance der Deutschen bezeichnet hat.

Gut ist auch, dass eine klare Mehrheit der befragten Polen die Auffassung vertritt, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union weiter verbessert haben. Das ist erfreulich, wie sich auch die Einstellung der Polen zur Zugehörigkeit zur Europäischen Union seit dem Beitritt ja doch sehr positiv entwickelt hat.

Und damit wir uns recht verstehen: Diese Umfragen sind zu einem Zeitpunkt erhoben worden, als gewisse Ereignisse, über die die Medien ausführlich berichteten, alle schon stattgefunden hatten. Es ist gelegentlich ganz tröstlich, dass manche Aufregungen von Politikern, Regierungen und Medien von der Bevölkerung, die oft klüger ist, gar nicht so geteilt werden, sondern die Menschen ein großes Maß an Ruhe Gelassenheit haben. Wir sollten uns also nicht so leicht beirren lassen.

Polen ist im Osten Deutschlands größter und wichtigster Partner. Und als Partner in der Europäischen Union wie im Atlantischen Bündnis verbinden uns zahllose gemeinsame Interessen. Unser beider Schicksal ist mit Europa eng verbunden – auch in seiner Wechselbezüglichkeit. Deswegen kann man sagen, dass es jedem von uns beiden umso besser geht, je besser es auch dem anderen geht. Wenn Polen Probleme hat, haben wir sie auch, und umgekehrt. Und deswegen haben wir ein gemeinsames Interesse.

Vor genau einem Monat, am 3. Oktober, haben wir unseren Tag der Deutschen Einheit gefeiert, der sich in diesem Jahr zum sechzehnten Mal jährt. In sechs Tagen jährt sich zum siebzehnten Mal der Fall der Berliner Mauer. Und nicht nur bei dieser Gelegenheit, aber an diesen Tagen ganz besonders, erinnern wir Deutschen uns daran, dass wir Polen verdanken, was Deutschland heute ist. Die deutsche Wiedervereinigung hat ihren Anfang in Polen genommen. Die politische Wende in Europa und das Ende des Kalten Krieges gingen von polnischem Boden aus.

Es begann mit der Wahl eines polnischen Papstes und mit mutigen Menschen, die für ihre

Überzeugung auf die Straße gingen, die sich in Gewerkschaften zusammenschlossen und denen die Kirche Kraft gab. Mit Johannes Paul II., Lech Wałęsa und Solidarność begann die Entwicklung, die zehn Jahre später zum Fall der Berliner Mauer, zur Deutschen Einheit, zum Ende des Ost-West-Gegensatzes und damit – man kann es nicht anders sagen – zu einem großen Wunder, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa geführt hat. Die Deutschen werden den Polen dafür immer dankbar bleiben.

Bei allen Aufregungen um das deutsch-polnische Verhältnis, die es in den letzten Monaten gab: Polen und Deutsche sind heute viel, unendlich viel enger verbunden, als sich die meisten das vor 60 oder auch noch vor 40 Jahren hätten träumen lassen. Wir gehören denselben Bündnissen an. Wir leben in Freiheit in einem friedlichen Europa. Die Polen waren übrigens für den Verbleib des noch nicht wiedervereinten, sich aber absehbar wiedervereinigenden Deutschlands im atlantischen Bündnis – zu einem Zeitpunkt, wo viele politische Kräfte in Deutschland sich darüber noch gar nicht so klar gewesen sind.

Vielleicht hatten sich viele Polen vor Jahrzehnten gar nicht vorstellen können, dass die Frage der Grenze zwischen Polen und Deutschland so entschieden sein würde, wie sie ist – ohne dass es irgendjemanden, auch nur annähernd Ernstzunehmenden in Deutschland gäbe, der dies in Frage stellt. Es gibt nicht den Hauch einer Irredenta. Das ist nicht zuletzt eine Folge der Tatsache, dass es gelungen ist, 15 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge der Nachkriegszeit in Deutschland zu integrieren, und dass insbesondere die Verbände der Vertriebenen einen großen Beitrag zur Integration dieser Menschen geleistet haben.

Natürlich gibt es immer wieder Schwierigkeiten und Missverständnisse. Das ist in jeder Nachbarschaft so. Das ist unter Partnern so, das ist in jeder Familie so. Aber wir haben ein solides, gemeinsames Fundament. Und im Übrigen bedeuten ja Konflikte in einer lebendigen Beziehung letzten Endes auch, dass wir uns gegenseitig ernst nehmen und dass wir nicht sagen, was die anderen denken oder reden interessiert uns nicht. Deswegen brauchen wir uns nicht aufzuregen. Wichtig ist nur, wie man mit Konflikten umgeht.

Wir teilen schlimme Erinnerungen – aber wir dürfen diese Erinnerungen nicht missbrauchen. Wir wissen um die Empfindlichkeiten des anderen und sollten darauf Rücksicht nehmen. Als Nachbarn brauchen wir einander, und vor allem können wir uns gegenseitig bereichern und stärken. Deshalb müssen wir immer wieder das Gespräch

suchen, anstatt voreilig und aus der Ferne Zeugnisse zu verteilen.

Wir sind gleichberechtigte Partner, und ich bin überzeugt von der Zukunft dieser Partnerschaft. Uns verbindet viel mehr als ein gemeinsamer Markt mit offenen Grenzen und vielfältigen Handelsbeziehungen. Uns verbinden vor allem gemeinsame Werte, gemeinsame Überzeugungen und unzählige menschliche Begegnungen. Unserer Städte und Gemeinden haben zahlreiche Partnerschaften geschlossen. In den grenznahen Regionen rücken beide Feuerwehren aus, wenn es brennt. Schüler und Studenten studieren in Deutschland und in Polen ohne Rücksicht auf die nationale Grenze.

Die jüngeren Leute begegnen sich viel unbelasteter von der Vergangenheit als noch die Menschen meiner Generation. Und wenn im Deutsch-Polnischen Jugendwerk seit seiner Gründung vor 15 Jahren allein bis Ende 2005 1,4 Millionen Jugendliche aus Polen und Deutschland zusammengekommen sind, dann ist das für die Verständigung unserer Länder auf Dauer von einer ganz besonderen Bedeutung. Denn ihr Bild vom Nachbarland wird unsere und damit auch die Zukunft Europas prägen.

Deshalb wollen wir den Austausch zwischen Jugendlichen auch in Zukunft weiter fördern und stärken. Gerade jüngere Menschen sehen die vielen Vorteile und Zukunftschancen, die ihnen die Europäische Union bietet: Reisen ohne Grenzen; die Möglichkeit, im Ausland zu studieren und zu arbeiten. Und so ist gerade auch die Begegnung von Schülern in Schulpartnerschaften – oder auch in der Deutschen Schule Warschau – besonders wichtig. Diese Begegnungen zwischen jungen Menschen sind – es fällt Regierungsmitgliedern schwer, das zu sagen, aber es ist wahrscheinlich wahr – auf lange Sicht wichtiger als manche feierliche Erklärung von Regierungschefs oder Politikern. Damit Verständigung gelingt, muss sie von Menschen erlebt und empfunden werden können.

Auch der Austausch zwischen unseren Parlamenten und unseren Parteien ist wichtig. Der deutsche Bundestagspräsident Norbert Lammert und sein polnischer Kollege Marek Jurek haben sich kürzlich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin getroffen und über unsere gemeinsame Geschichte gesprochen. Und sie, lieber Herr Komorowski, haben erst vor wenigen Tagen mit Herrn Dr. Schockenhoff in Warschau einen regelmäßigen Austausch zwischen unseren Parteien zu außenpolitischen Fragen vereinbart.

Mit dem Fall der Mauer und mit der Auflösung der Sowjetunion kam die historische Chance, die europäische Einigung auf die Länder auszudehnen, die schon immer zum Kern Europas gehört haben – auf Länder, denen Freiheit und Selbstbestimmung zuvor versagt worden ist. Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ist zusammengeführt worden, was ohnedies immer zusammengehörte.

In diesem größeren Europa kommt Polen und der deutsch-polnischen Zusammenarbeit eine entscheidende Bedeutung zu. Was die Überwindung des Eisernen Vorhangs für Europa bedeutet, wissen Polen und Deutsche noch ein bisschen besser als die Portugiesen oder die Iren. Das liegt in der Logik der Geographie. Das Verhältnis von Polen und Deutschland war immer auch ein Spiegelbild der Lage Europas. Also können Polen und Deutschland der europäischen Entwicklung gemeinsam bedeutende Impulse geben.

Im Übrigen stehen wir in der globalisierten Welt, wo wir viel stärker in Zusammenhänge und Abhängigkeiten von allen Teilen der Welt, in Chancen und Risiken eingebunden sind, vor Herausforderungen, die keiner alleine bewältigen kann. Auch deshalb müssen wir unsere Zusammenarbeit in Europa weiter vertiefen – und zwar in allen Bereichen, in denen dies einen Mehrwert bringt.

Wir entlasten damit jeden einzelnen Mitgliedstaat. Die Gemeinschaft muss da handeln, wo der einzelne Staat überfordert wäre. Aber natürlich müssen umgekehrt die Mitgliedstaaten dort verantwortlich bleiben, wo Aufgaben auf nationaler oder regionaler Ebene effektiver gelöst werden können. Das ist das Prinzip der Subsidiarität. Und wenn wir das richtig beachten, stärken wir beides: die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft. Der Kollege Dorn und ich haben auch heute wieder darüber gesprochen, dass wir uns auch in unserer weiteren Arbeit, ganz konkret als Innenminister im Europäischen Rat, darauf konzentrieren werden, dieses Prinzip möglichst effektiv umzusetzen, um mehr Effizienz und nicht mehr bürokratische Überregulierung zu haben.

Wir brauchen gemeinsame Lösungen etwa angesichts der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus. Aber nicht nur Terrorismus gefährdet unsere Innere Sicherheit. Auch Entwicklungen in der organisierten Kriminalität oder bei der illegalen Migration, die ja zu einem Großteil organisierter Menschenhandel ist, sind genauso beunruhigend.

Die Globalisierung wiederum hat dem Terrorismus, dem Drogen-, Waffen- und Menschenhandel und den illegalen Schleusungen neue Dimensionen und Wege eröffnet. Offene Grenzen werden eben von Terroristen und Kriminellen genauso genutzt wie die modernen Kommunikationssysteme bis hin zum Internet. Kein Staat dieser Welt kann deshalb diese Gefahren allein auf sich gestellt bekämpfen.

Unsere Polizeien und Nachrichtendienste müssen ihre Erkenntnisse und Daten austauschen, wenn wir diese Verbrechen wirksam bekämpfen und Anschläge verhindern wollen. Wir können hier noch eine Menge erreichen und verbessern – vielleicht sogar mehr durch effizientere Zusammenarbeit als mit immer neuen Gesetzesvorschlägen oder Behörden. Mir liegt daran, dass Deutschland und Polen gerade auch auf diesem Feld exemplarisch eng zusammenarbeiten. Natürlich muss das notwendige Maß an Datenschutz und Datensicherheit gewährleistet sein. Das ist überhaupt keine Frage. Aber Datenschutz und Sicherheit sind so wenig Gegensätze, wie Sicherheit und Freiheit. Das eine bedingt das andere.

Ich habe es schon erwähnt: Bei der Fußball-Weltmeisterschaft haben wir gezeigt, wie gut das geht. Und wir sollten dieses Beispiel erfolgreicher Zusammenarbeit in seiner symbolischen Bedeutung ruhig in Erinnerung bewahren. Ich weiß, dass wir bei einem Spiel in Dortmund ein wenig unterschiedliche Interessen hatten. Aber es entspricht dem deutsch-polnischen Werteverständnis, dass wir den Erfolg nicht über jeden anderen Gesichtspunkt stellen, sondern dass wir die Regeln von Fairplay, von Partnerschaft und friedlichem Austausch als noch wichtiger erkennen.

Man muss daran erinnern, dass bei dieser Fußball-Weltmeisterschaft mehr als 300 uniformierte Polizeibeamte aus fast allen europäischen Staaten im Einsatz waren. Das war eine völlig neue Erfahrung. Sie wissen vielleicht, dass in Deutschland die Bundesländer die grundsätzliche Zuständigkeit für die Polizeien haben. Die Länder konnten sich überhaupt nicht vorstellen, dass man polnische, französische, italienische Polizeibeamte in Deutschland mit den Befugnissen eines deutschen Polizeibeamten Dienst tun lässt.

Ich habe, um es formal zu sagen, während der WM die Befugnisse eines Bundespolizeibeamten auf diese Polizeibeamten angewandt. Und ich biete jede Wette an, dass in Zukunft bei ähnlichen Anlässen, nicht nur in Deutschland, jeder

Landesinnenminister nach Polizeibeamten aus Partnerländern rufen wird. Spätestens bei der Fußball-Europameisterschaft in der Schweiz und Österreich wird das erfolgreiche Modell wieder verwirklicht werden. Das ist ein Beispiel und ein Symbol für die Erfahrung von Menschen, was das zusammenwachsende Europa bedeutet. Also müssen wir in der Zusammenarbeit der Polizeien darauf vertrauen. Wir können da mehr Europäisches tun. Wir können auch die europäische Polizeibehörde Europol weiter stärken.

Ähnliches gilt für den Schutz unserer Außengrenzen. Wenn wir an Binnengrenzen nicht mehr kontrollieren – und bald wird auch Polen dem Schengen-Raum beitreten –, müssen wir die Außengrenzen gemeinsam kontrollieren. Das muss dann jedes Land, das europäische Außengrenzen oder See- und Flughäfen hat, für die Gemeinschaft insgesamt tun. Deswegen ist es wichtig – wir haben uns auch immer dafür eingesetzt –, dass die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX nicht nur ihren Sitz in Warschau genommen hat, sondern dass sie mit den notwendigen Mitteln ausgestattet wird, um erfolgreiche Arbeit zu leisten. Das ist jetzt die entscheidende Aufgabe, und auch hier zeigen sich Solidarität und Subsidiarität.

Ich sagte, dass wir gegenwärtig darauf hinarbeiten, die letzten bestehenden Binnengrenzen abzubauen. Und jedermann muss ja wohl verstehen, dass Polen wie die anderen neuen Mitgliedstaaten jetzt auch erleben wollen, dass die letzten Schlagbäume innerhalb der Europäischen Union endlich fallen. Mir liegt auch viel daran, dass wir bald ohne Vorzeigen des Personalausweises zwischen Berlin und Krakau reisen können.

Vielleicht darf ich hier in Krakau auch einmal sagen, dass mein Wahlkreis als Abgeordneter an der Stadtgrenze von Straßburg endet. Man kann es sich heute gar nicht mehr vorstellen, aber das Verhältnis von Deutschland und Frankreich wurde in den Geschichtsbüchern einmal mit dem Stichwort „Erbfeindschaft“ beschrieben. Und die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich bei Straßburg war noch in meiner Erinnerung eine Grenze, wo man als junger Mensch ein wenig den Atem angehalten hat, wenn man sie überquerte. Heute merken Sie davon gar nichts mehr. Sie wissen, Sie fahren über den Rhein. Das ist ein Fluss. Aber eine Grenze ist es nicht mehr.

Und so wird es in ganz Europa. Wir sind dabei, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Die letzten technischen Probleme, die es noch gibt, werden wir bald gelöst haben. Das ist der Weg, den wir miteinander gehen.

Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass innere Sicherheit heute untrennbar mit äußerer Sicherheit verknüpft ist. Das ist die Bedrohung in der Welt der Globalisierung. Die Situation etwa im Libanon oder auch im Iran zeigt, welche Herausforderungen uns Europäer noch erwarten.

Deswegen bin ich fest davon überzeugt, dass die außen- und sicherheitspolitischen Anforderungen an Europa weiter wachsen werden. Und das ist auch gut so, weil auf der internationalen Bühne der Politik nur wahrgenommen wird, wer nicht nur schöne Reden hält, sondern sich auch engagiert. Und nur wer sich engagiert, kann auf Besserung hoffen.

Deswegen stimmen Deutschland und Polen völlig darin überein, dass wir der Dimension der Außen- und Sicherheitspolitik in der weiteren Entwicklung der Europäischen Union eine hohe Priorität geben müssen – von den Anforderungen in der globalisierten Welt bis zu der Legitimation der europäischen Einigung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürger.

Europa kann nach außen nur stark sein, wenn es geeint und auch mit einem klaren und gemeinsamen Willen auftritt. Wir könnten schneller und effektiver auf Krisen reagieren, wenn wir unsere Truppen nicht – wie zuletzt im Fall Libanon – einzeln zu internationalen Einsätzen schicken würden. Deswegen brauchen wir in der Tat mehr militärische Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit. Und ich glaube auch, dass wir auf absehbare Zeit eine europäische Armee brauchen. Und mich freut, dass der polnische Ministerpräsident entsprechende Überlegungen anstellt.

Polen hat aber nicht nur die Wichtigkeit einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gesehen, sondern ist auch mit gutem Beispiel vorangegangen und hat sich über die Maßen international eingebracht: in Afghanistan, im Libanon oder auch im Kongo. In allen drei Ländern sind auch wir Deutsche engagiert und arbeiten mit den Polen zusammen – genauso wie in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Auch hier liegt für künftige deutsch-polnische Initiativen innerhalb der Europäischen Union noch ein großes Potential.

Wir stimmen auch darin überein, dass wir niemals vergessen dürfen, dass ein nach außen starkes Europa nicht in Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten stehen darf. In Polen ist



das schon länger klar als in manchem anderen europäischen Staat, selbst die Bundesrepublik Deutschland gelegentlich nicht völlig ausgeschlossen.

Aber die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft – das habe ich auch in meinem letzten Buch „Scheitert der Westen?“ zu beschreiben versucht – betreffen die Vereinigten Staaten genauso wie Europa. Und wir können diese Herausforderungen nur in einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit lösen. Europa braucht ein starkes Amerika. Und Amerika braucht und wünscht sich auch ein starkes Europa. Deshalb ist es wichtig, dass Europa – auch was die sicherheitspolitische Willensbildung und die militärischen Fähigkeiten anbetrifft – ein international verlässlicher Partner wird und ein starker Pfeiler innerhalb der atlantischen Partnerschaft.

Zur gemeinsamen Außenpolitik gehört auch die Frage, wie wir mit den Nachbarn der Europäischen Union umgehen. Das betrifft die Partnerschaft mit Russland, aber natürlich auch Beziehungen zur Ukraine – die ja eine europäische Perspektive hat und haben muss – und zu anderen Staaten Osteuropas und des südlichen Kaukasus. Ich glaube, dass auch in dieser Frage Deutschland und Polen einen entscheidenden Beitrag leisten können. Ich will auch klar sagen, dass mein Verständnis von gemeinsamer europäischer Politik ist, dass die Staaten, die am meisten betroffen sind und die größte Expertise haben, die gemeinsamen außenpolitischen Ziele auch maßgeblich mit formulieren müssen.

Mittelmeerpolitik wird vermutlich stärker von Spanien, Italien, Frankreich formuliert werden müssen als von Schweden und Dänemark. Aber Ostpolitik muss eben von den östlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union maßgeblich mitgestaltet werden und darf nicht über die Köpfe der östlichen Mitgliedstaaten hinweg entstehen.

Polen war aufgrund seiner Lage und seiner Geschichte schon immer in der Ostpolitik der Europäischen Union aktiv engagiert. Und im Dialog mit den östlichen Nachbarn sehe ich Polen in einer Vorreiterrolle, die wir unterstützen und die in unserem gemeinsamen Interesse ist. In diesem Sinne ist Polen auch eine Brücke zwischen Osten und Westen. Deswegen wäre eine europäische Außenpolitik ohne Polen oder über die Köpfe Polens hinweg nicht nur eine Dummheit, sondern langfristig auch zum Scheitern verurteilt. Und deswegen darf es eine solche europäische Außenpolitik nicht geben, wie es umgekehrt auch eine erfolgreiche polnische Außenpolitik ohne Europa nicht werden kann.

Polen liegt wie Deutschland in der Mitte Europas und ist Teil des christlichen Abendlandes. Polen hat entscheidend beigetragen zum gesamteuropäischen Kampf um Freiheit und Demokratie. Und Polen hat sich immer als Speerspitze Europas begriffen – mit einer weiten Ausstrahlung in den gesamten slawischen Raum hinein.

Deswegen tun die Europäische Union und auch die NATO gut daran, die Rolle Polens als westliche Verbindung zum Osten zu erneuern und zu stärken. Auch hierin liegt eine der großen Chancen von Polens Beitritt zur Europäischen Union – Chancen für Polen selbst, aber eben auch für Europa und für die gesamte westliche Welt.

Mir liegt ein Grundsatz der europäischen Einigung besonders am Herzen, der Europa in der Geschichte über die Jahrhunderte geprägt hat, nämlich Einheit und Vielfalt in einer richtigen Weise miteinander zu verbinden. Europa ist ein kleinteiliger Kontinent im Vergleich zu anderen Kontinenten – mit einer ungeheuren Dynamik in der Geschichte, die wohl zu einem wesentlichen Teil aus der Kleinteiligkeit und Vielfalt begründet ist. Deswegen darf eine Vertiefung unserer europäischen Zusammenarbeit nicht bedeuten, dass wir unsere Verschiedenheit aufgeben müssen.

Starke Nationalstaaten und ein starkes Europa sind keine Gegensätze, sondern sie sind zwei Seiten einer Medaille. Sie gehören zusammen. Nur so haben wir die Chance, aus Europa eine echte politische Union zu machen. Dazu brauchen wir Staaten, die wissen, wo sie stehen, und die sich deshalb ebenso selbstbewusst wie vertrauensvoll begegnen. Wir brauchen im Interesse Polens wie Deutschlands ein starkes und handlungsfähiges Europa, denn wir sind nur gemeinsam in der Lage, in der Welt Verantwortung zu übernehmen. Und nur wenn europäische Politik sich als sichtbar und effektiv erweist, werden wir auf lange Sicht die Bürgerinnen und Bürger für dieses europäische Projekt gewinnen können – gewinnen in dem Sinne, dass wir die dauerhafte Unterstützung der Menschen für den fortschreitenden Prozess europäischer Einigung erhalten und bewahren.